



MdB Barbara Fuchs Mathildenstraße 24 90762 Fürth

Abgeordnete Barbara Fuchs

Stv. Vorsitzende der
Kontrollkommission BayernFonds
Sprecherin für Wirtschaft
Mitglied des Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung,
Energie, Medien und
Digitalisierung

4. Februar 2026

PM: Gesetzentwurf der Grünen will Kommunen mehr Freiheit geben

Weniger bürokratische Regeln endlich auch in Fürth?

Bayerns Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke leiden unter kleinteiligen und nervenzerhrenden Vorgaben. Die Landtags-Grünen bringen am Donnerstag, den 5. Februar 2026, ein Entbürokratisierungs-Gesetz ein, um den Kommunen schnell zu helfen.

Bayerischer Landtag
Maximilianeum
81627 München

Abgeordnetenbüro Fürth
Mathildenstraße 24
90762 Fürth

[barbara.fuchs@
gruene-fraktion-bayern.de](mailto:barbara.fuchs@gruene-fraktion-bayern.de)

FÜRTH / MÜNCHEN – Wie sieht das mitunter aus, wenn jemand einen Antrag stellt? Lange Bearbeitungszeiten, Fachkräftemangel in der Verwaltung und Frust bei Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern. Weil die Verwaltungen unserer Gemeinden und Landkreise in immer mehr Bürokratie versinken und oft nicht ausreichend Personal haben, bringen die Landtags-Grünen am **Donnerstag, 5. Februar 2026**, ihren Entwurf für ein „**Bayerisches Kommunales Regelungsbefreiungsgesetz**“ (BayKommRegBefrG) in den Landtag ein. Das Ziel: Alle Kommunen in Bayern sollen künftig versuchsweise selbst Bürokratie abbauen können.

Barbara Fuchs, Landtagsabgeordnete aus Fürth, betont: „Ohne unsere Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke läuft in Bayern gar nichts. Wenn die Kommune es besser kann als der Staat, dann soll sie es besser machen dürfen! Wir brauchen Spielräume und einen Wettbewerb um die besten Entbürokratisierungs-ideen, um schneller, einfacher und wirksamer arbeiten zu können. Sollte unser Gesetz angenommen werden, könnte auch die Stadt und der Landkreis Fürth endlich kreativ werden und Ideen zum Bürokratieabbau einfach selbst ausprobieren.“

Wie sieht das genau aus? Für Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke können auf Antrag für einen begrenzten Zeitraum Abweichungen von Rechtsvorschriften des Landes zugelassen werden. So können sie testen, wie Verwaltungsverfahren beschleunigt, vereinfacht und kostengünstiger erledigt werden können.

Zwar hat sogar Markus Söder erkannt, dass die Kommunen Entlastung brauchen, und kündigt seit vielen Monaten Modellregionen an, die es bisher gar nicht gibt. Die Staatsregierung will dabei offenbar selbst entscheiden, welche wenigen

einzelnen Kommunen in Bayern von einer probeweisen Regelbefreiung profitieren – und welche nicht. Die Devise: Eine Region pro Bezirk muss reichen.

Die Abgeordnete Barbara Fuchs macht hingegen klar: „Auch Fürth muss Modellkommune werden. Jede gute Idee verdient es, probeweise umgesetzt zu werden. Das gilt für die Gemeinden und Landkreise ebenso wie für die kommunalen Spitzenverbände. Nur so nehmen wir alle mit, um beim Bürokratieabbau endlich voranzukommen.“

Ganz wichtig für die Landtags-Grünen: Stellt eine Kommune einen Antrag, ist dieser innerhalb von drei Monaten vom zuständigen Ministerium zu entscheiden und gilt bei Nicht-Entscheidung als genehmigt.

Ein Blick ins Nachbarland Baden-Württemberg zeigt, dass die Landtags-Grünen mit ihrem Vorschlag den richtigen Weg einschlagen. Dort wurde im vergangenen Herbst ein gleichlautendes Gesetz eingeführt und einstimmig vom Landtag beschlossen. So darf zum Beispiel die Stadt Stuttgart seither probeweise darauf verzichten, bestimmte Zahlen zu besetzten Stellen im kommunalen Haushalt zu melden. Zudem führte ein Antrag des Stadtrats Baden-Württemberg dazu, dass die Nachweispflicht bei Förderprogrammen für die Kommunen vereinfacht wurde. Was den Kommunen in Baden-Württemberg an Spielraum ermöglicht wurde, wollen die Grünen im Landtag auch für bayerischen Kommunen schaffen.

Kontakt: barbara.fuchs@gruene-fraktion-bayern.de